der Unterlagen zu erstatten. Der Rest der Vergütung ist spätestens 8 Wochen nach Beendigung des Benutzungsjahres zu zahlen. Ist die Benutzungsdauer kürzer als ein Benutzungsjahr, so ist der Rest der Vergütung spätestens 8 Wochen nach Beendigung der Benutzung zu zahlen.

(2) Die Vergütung für die überbetriebliche Benutzung ist innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Beendigung des Benutzungsjahres im ersten nachbenutzenden Betrieb zu zahlen.

3. Unterabschnitt

Schlichtung von Streitigkeiten³⁵

§41

Schlichtungsstellen

(1) In den Betrieben, den ihnen übergeordneten Organen, den zentralen Organen des Staatsapparates, denen Betriebe und andere Einrichtungen unterstellt sind, und im Patentamt sind Schlichtungsstellen zu bilden. Sie sind für die Entscheidung von Streitigkeiten zuständig, die sich aus der Erfüllung von Neuerervereinbarungen und Realisierungsvereinbarungen, aus der Vergütung von Neuerervorschlägen und Neuerermethoden, aus der Vergütung für die Realisierung, aus der Erstattung von Aufwendungen sowie aus der Zahlung des Entgeltes gemäß § 2 des Änderungsgesetzes zum Patentgesetz vom 31. Juli 1963 (GBL I S. 121) ergeben.

(2) Die Mitglieder der Schlichtungsstellen sind für ihre Tätigkeit in den Schlichtungsstellen durch die zuständigen Leiter von ihrer arbeitsvertraglich vereinbarten Tätigkeit unter Weiterzahlung ihres Durchschnittsverdienstes entsprechend den arbeitsrechtlichen Bestimmungen³⁶ zeitweise freizustellen.

(3) Einzelheiten der Zuständigkeit und des Verfahrens vor den Schlichtungsstellen sowie ihre Zusammensetzung regelt der Präsident des Patentamtes im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Organe des Staatsapparates in einer Anordnung.³⁷

6. Abschnitt

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§42

(1) Die vor Inkrafttreten **dieser Verordnung eingereichten und noch nicht** vergüteten Verbesserungsvorschläge, Ingenieurkonten und Erfindungen werden nach den Bestimmungen dieser Verordnung behandelt, soweit in den folgenden Bestimmungen nicht etwas anderes festgelegt ist.

(2) Hat der Neuerer vor Inkrafttreten dieser Verordnung eine Vergütung gemäß § 6 Abs. 1 der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 6. Februar 1953 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBL S. 297) bereits

35. Vgl. Vierte DB zur NeuererVO — Besonderheiten in Betrieben mit staatlicher Beteiligung — vom 31. 7. 1963 (GBL II S. 540), § 8; AO über Geheimpatenté vom 9. 9. 1968 (GBL II S. 815), § 7; AO über die Förderung und Lenkung der Neuererbewegung in Privatbetrieben vom 15. 11. 1965 (GBL II S. 843), § 10.

36. Zur Berechnung des Durchschnittsverdienstes vgl. Reg.-Nr. 12.

37. AO über die Zuständigkeit und die Zusammensetzung der Schlichtungsstellen sowie über das Verfahren vor den Schlichtungsstellen vom 31. 7. 1963 (GBL II S. 542).